



Senat 2

Der Presserat ist ein Verein, der sich für verantwortungsvollen Journalismus einsetzt und dem die wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs angehören. Die Mitglieder der Senate des Presserats sind weisungsfrei und unabhängig. Die Medieninhaberin von „krone.at“ hat die Schiedsgerichtbarkeit des Presserats bisher nicht anerkannt.

Wien, 20.08.2026

CR Klaus Herrmann
Krone Multimedia GmbH & Co KG
Per E-Mail

Sehr geehrter Herr Chefredakteur Herrmann!

Der Senat 2 des Presserats befasste sich aufgrund von Mitteilungen zweier Leser mit dem Artikel „Asyllobby will weiter die volle Sozialhilfe haben“, erschienen am 27.10.2025 auf „krone.at“.

Darin geht es um Sparmaßnahmen der hochverschuldeten Stadt Wien. Ausgaben für die Mindestsicherung in der Höhe von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr seien nicht mehr zu stemmen. Bisher habe Wien subsidiär Schutzberechtigten die volle Sozialhilfe ausbezahlt, anstatt sie in der weitaus günstigeren Grundversorgung zu belassen. Mit dem Beginn des neuen Jahres sei damit Schluss. Alle hätten begriffen, dass in Zeiten massiven Sparens kein Geld mehr „für solche Flüchtlings-Systeme“ existiere, „außer naturgemäß die üppig angefütterte Asyl-Industrie, die alle Register zieht, um subsidiär Schutzberechtigten weiterhin die volle Summe auszubezahlen.“ (sic!)

SOS-Mitmensch-Sprecher Pollak wird dazu zitiert, dass „Menschen in existenzielle Nöte zu katapultieren das menschenfeindlichste und teuerste Sparen ist“, wozu es im Artikel heiße, dass er aber vergesse zu erwähnen, dass sieben Bundesländer mittlerweile längst so verfahren würden und er auch vergesse, dass die betroffenen Flüchtlinge einer Arbeit nachgehen dürfen. SOS-Mitmensch habe eine Petition gegen den Ausschluss von Schutzberechtigten von der Mindestsicherung gestartet, die Aussicht auf Erfolg sei aber „null“.

Zwei Leser kritisieren eine Ungenauigkeit bei der Verwendung der Begriffe Asyl, Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte im Artikel. Zudem sei der Beitrag stark wertend formuliert und die Bezeichnung "üppig angefütterte Asyl-Industrie" verunglimpfe NGOs wie SOS-Mitmensch.

Zunächst hält der Senat fest, dass das Thema Sozialhilfe für Zuwanderer in der Bevölkerung für breite Diskussionen sorgt und somit von öffentlichem Interesse ist. Gleichzeitig weist er jedoch darauf hin, dass das Thema Migration dazu geeignet ist, bei vielen Leserinnen und Lesern (berechtigte) Ängste oder negative Emotionen zu schüren (vgl. z.B. die Fälle 2015/216, 2017/151 und 2020/042). Nach der Entscheidungspraxis des Presserats ist gerade bei heiklen bzw. sensiblen Themen ein erhöhtes Maß an Gewissenhaftigkeit und Korrektheit erforderlich, insbesondere wenn konkrete Zahlen und Fakten angeführt werden (Punkt 2.1 des Ehrenkodex; vgl. dazu auch die Entscheidung 2019/262).

Der Senat hat beschlossen, in dieser Angelegenheit kein Verfahren einzuleiten, dennoch möchte er Sie darauf hinweisen, dass im vorliegenden Fall die Begriffe Flüchtlinge, Asyl und subsidiär Schutzberechtigte und die davon abhängigen, unterschiedlich geregelten Sozialleistungen, vermischt werden. Eine korrekte Einordnung von finanziellen Hilfen und deren Auszahlungsbedingungen bedarf einer Unterscheidung nach den anspruchsberechtigten Gruppen.

Darüber hinaus enthält der Artikel einige wertende Elemente, die nicht in einem neutralen Bericht, sondern in einem Kommentar vorkommen sollten (zum Gebot der Unterscheidbarkeit von Bericht und Kommentar siehe Punkt 3 des Ehrenkodex). Die Passage „Alle haben begriffen, dass in Zeiten massiven Sparens kein Geld mehr für solche Flüchtlings-Systeme

existiert. Außer naturgemäß die üppig angefütterte Asyl-Industrie, die alle Register zieht, um subsidiär Schutzberechtigten weiterhin die volle Summe auszubezahlen“ ist eine Meinung des Autors, der „Begriff „Asyl-Industrie“ außerdem eine abschätzige Bezeichnung für NGOs, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind.

Der Senat erachtet die Kritikpunkte der Leser für nachvollziehbar, sieht darin aber noch keinen Verstoß gegen den Ehrenkodex. Dennoch fordert er Sie dazu auf, beim Thema Migration und Sozialhilfe in Zukunft mit größerer Sorgfalt vorzugehen.

Dieser Brief wird auf der Webseite des Presserats veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Alexander Warzilek, GF